

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1909

3.4.1909 (No. 92)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 3. April

№ 92

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1909

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 25. März d. J. gnädigst bewogen gefunden, den nachgenannten Personen Höchsthohen Orden vom Jahrlingern Löwen zu verleihen und zwar:

das Kommandeurkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub:
dem Professor an der Akademie der bildenden Künste Wilhelm Trübner in Karlsruhe;

das Ritterkreuz zweiter Klasse:

dem Hofapotheker Dr. Kurt Hoffmann,
dem Hofbuchdruckermeister Hermann Köblin und
dem Bankier Emil Meyer in Baden-Baden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 29. März d. J. gnädigst geruht, dem Kunstmaler Robert Engelhorn in Baden-Baden den Titel Professor zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 18. März d. J. gnädigst geruht, dem Professor Julius Güterfohn an der Realschule in Singen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 29. März d. J. den Aktuar Heinrich Seder beim Notariat Bruchsal zum Notariatsassistenten daselbst ernannt, sowie

unterm 30. März d. J. den Aktuar Robert Wagner beim Amtsgericht Gernsbach und den Aktuar Hermann Schirich bei der Staatsanwaltschaft Mosbach, ferner unterm 31. d. M. den Aktuar Friedrich Weiser bei der Staatsanwaltschaft Konstanz etatmäßig angestellt.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 9. Februar d. J. den Aktuar Friedrich Hallbauer beim Notariat Schönau i. W. zum Amtsgericht Mannheim versetzt.

Mit Entschließung Evang. Oberkirchenrats vom 25. März d. J. wurde dem Registraturassistenten Gustav Jacob eine Bureaubeamtenstelle I. Gehaltsklasse unter Ernennung desselben zum Registrator übertragen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Entstellungen.

SRK. Berlin, 1. April.

Die „Birshewija Wjedomosti“ suchen, unter Berufung auf englische Quellen, glaubhaft zu machen, daß der Schah von Persien eine bedeutende Geldsumme aus Deutschland erhalten habe. Dem Bureau Neuter wurde aus St. Petersburg gemeldet, daß nach dort eingetroffenen Berichten die deutsche Regierung ihre Vermittlung zwischen dem Schah und den persischen Revolutionären angeboten habe. Gerade an dem Tage aber, wo diese Meldung aus der russischen Hauptstadt erging, hat Fürst Bülow im deutschen Reichstage unsere Haltung gegenüber den persischen Wirren klargestellt und besonders hervorgehoben, daß wir eine Einmischung in Persiens innere Angelegenheiten nicht beabsichtigen. Damit ist dem Gerücht über finanzielle Hilfe Deutschlands für den Schah zur Fortsetzung des Krieges gegen sein eigenes Volk wie über unser angebliches Eingreifen in die persischen Parteikämpfe der Boden entzogen.

Falschmeldungen, die unserer Politik in Persien etwas am Zeuge flüchten wollen, sind verhältnismäßig harmlos. Ernster müssen die plumpen Unwahrheiten über eine Einschüchterung der russischen Diplomatie durch Deutschland, über eine schroffe Note, ein Ultimatum, über Androhung einer deutschen Mobilisierung, ja einer deutschen Invasion angefaßt werden. Die Urheber dieser Plunkereien wissen am besten, daß nichts dahinter steckt, als ihre eigene Erfindungsgabe. Es scheint aber, als gehe ein großer Teil der europäischen Presse planmäßig darauf aus, die öffentliche Meinung Russlands noch fester als bisher in ein deutschfeindliches Lügengewebe zu verstricken. Unsere Diplomatie hat von dem, was sie zur Erhaltung des Friedens in St. Petersburg getan, nichts abzuschwächen oder zu vertuschen. Wir brauchen kein Wort zurückzunehmen; aber wir wollen uns auch nicht Erklärungen unterziehen lassen, die nicht abgegeben worden sind.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 1. April.

Abg. Vechter (fr. Vgt.): Daß der Minister die Schmutzliteratur bekämpft, erfüllt uns mit Genugtuung, andererseits aber halten wir seinen Kampf gegen die sozialdemokratische Presse für verfehlt. Gerade die Sozialdemokratie hat sich die Bekämpfung der Schmutzliteratur mit Erfolg zur Aufgabe gemacht.

Abg. Storz (Südd. Vpt.): Die Fortdauer der Kohlenausfuhrtarife muß baldigst beseitigt werden. Neben dem Ausbau des Eisenbahnnetzes der Reichsbahnen nach dem Besten sollte man auch den weiteren Ausbau nach dem Osten im Interesse der süddeutschen Staaten nicht vergessen.

Abg. Schirmer (Zentr.): Den Arbeiterschlüssen müsse von der Regierung und der Verwaltung großes Entgegenkommen gezeigt werden. Wir verlangen, daß die Eisenbahnarbeiter dem Gewerbegericht unterstellt werden.

Minister v. Breitenbach: Auch wir sind bestrebt, die Lage der Arbeiter ständig zu verbessern. Die Gewerbeordnung kann auf Eisenbahnarbeiter keine Anwendung finden. Den Arbeiterschlüssen wird vollste Aufmerksamkeit zugewandelt werden. Dem Ausbau der Verbindungen mit Baden und Württemberg werden wir möglichst Sorge tragen. Da Technische Hochschulen in den Reichslanden nicht bestehen, so ist es notwendig, daß die Techniker die höheren Staatsprüfungen im übrigen Deutschland absolvieren müssen.

Abg. Göring (Zentr.) wünscht den Ausbau des Eisenbahnnetzes im Kreise Württembergs.
Ein Regierungskommissar weist auf die technischen Schwierigkeiten hin, die sich dem Ausbau der Strecke nach Zweibrücken über Birmensfeld entgegenstellen.

Abg. Behrens (wirtsch. Vgt.): Das Streikrecht können wir den Eisenbahnarbeitern nicht zubilligen.

Abg. Cannel (Soz.): In Baden werden die sozialdemokratischen Zeitungen vom Verbandsbuchhandel nicht ausgeschlossen und dennoch verkehren die Züge dort mit der gleichen Sicherheit wie auf den Reichseisenbahnen. Der Minister hat die Wahlrechtsdemonstrationen mißbilligt, aber ich muß doch sagen, daß die eltsässische Polizei vernünftiger war als der Minister, der brutal gegen seine Arbeiter vorgeht. (Glocke des Präsidenten. Der Vizepräsident ruft den Redner zum erstenmale und als er dem Minister Mangel an Besinnung vorwirft, zum zweitemale zur Ordnung.)

Minister v. Breitenbach: Ich glaube sehr wohl, daß es dem Abg. Cannel un bequem ist, wenn große Arbeiterorganisationen auf das Streikrecht verzichten und diese Bewegung immer mehr um sich greift. Den Arbeiterschlüssen stehen wir durchaus sympathisch gegenüber.

Nach einer Bemerkung des Abg. Schirmer (Zentr.) wird die Generaldiskussion geschlossen und der Etat angenommen.

Es folgt der Etat des Reichsschatzamts.
Graf Kanitz (kons.) erwidert auf gestrige Ausführungen des Abg. Gothein.

Abg. Arendt (Npt.) führt aus, die Frage Freihandel oder Schutz Zoll ist längst praktisch erledigt. Wir erwarten, daß die Randwirtschaft besonders zu berücksichtigen sein wird, wenn auch kein Erwerbszweig bevorzugt werden soll.

Nach Bemerkungen der Abg. Weber, Graf Kanitz und Kaempf wird das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt.
Bei den allgemeinen Fonds, Kapitel „Deckung der laufenden Ausgaben der Universität Straßburg“ bringt Abg. Everling (natl.) die Unterstützungspflicht des Thomastifts zur Sprache und verlangt Aufhebung der gesetzlichen Unterstützungspflicht dieses Stifts.
Sodann wird nach unerheblicher Debatte der Etat bewilligt.

Der Etat der „Reichsschulden“ passiert ohne Debatte.

Dann wird über die einzelnen, noch restierenden Etats verhandelt. Bei den Zöllen und Steuern wünscht Abg. de Witt (Zentr.) die Einführung eines Zolles auf Nitrit.

Staatssekretär v. Sydow: Die Vorarbeiten zur Einführung eines Zolles auf Nitrit sind seit längerer Zeit im Gange.

Abg. Dove (fr. Vgt.) ist gegen die Einführung eines Zolles.

Abg. Wedd (Zentr.) spricht sich für die Einführung eines solchen Zolles aus.

Der Rest des Gesamtetats wird ohne Debatte erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Eingegangen ist eine sozialdemokratische Interpellation betr. Mißstände in privaten Pensionskassen.

Nächste Sitzung 4½ Uhr nachmittags. Tagesordnung: Dritte Lesung des Etats. Schluß gegen 13 Uhr.

Auf der Tagesordnung der Nachmittags-sitzung steht die dritte Lesung des Etats.

Abg. v. Dannenberg (Welfe) erörtert unter großer Unruhe die Welfentage.

Abg. Dr. Arning (natl.): Eine bessere Verteidigung für seine Anschauungen konnte der Reichskanzler nicht wünschen als diese Rede.

Damit war die Generaldebatte beendet.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes will Abg. Dr. Götcke (natl.) die Erhöhung des Fonds zur Unterstützung der Deutschen im Auslande, die zur Ableistung des Militärdienstes nach Deutschland zurückkehren müßten.

Staatssekretär Frhr. v. Schoen: Die 100 000 M. sind gewissermaßen verfuhrungsweise eingesetzt. Den wirklichen Bedarf kann man nicht übersehen.

Beim Etat des Reichsamts des Innern tritt Abg. Sachse (Soz.) für die Schaffung eines Reichsberggesetzes ein.

Abg. Koelle (wirtsch. Vgt.) bittet um Auskunft über die Ausführung der vom Reichstag beschlossenen Resolution, betreffend die Regelung der Frage des Unterstützungswohnhauses für Wanderarbeiter.

Staatssekretär Dr. v. Bethmann-Hollweg: Nach Beendigung der Verhandlungen mit dem preussischen Ministerium des Innern beschäftigt sich der Bundesrat jetzt mit der Angelegenheit der Wanderarbeit. Bezüglich des Berggesetzes wollen wir zunächst abwarten, wie sich das preussische Gesetz gestalten wird. Vorschriften für meine Sozialpolitik kann ich mir von dem Abgeordneten Sachse nicht machen lassen.

Abg. Fleischer (Zentr.) bittet um Vorlegung eines Reichstheatergesetzes.

Abg. Günther (fr. Vpt.) bekämpft die Resolution auf Beilegung der Abonnentenversicherung.

Abg. Behrens (wirtsch. Vgt.): Das preussische Berggesetz scheint leider durch die Tätigkeit der Kommission im Abgeordnetenhaus manche Vorzüge wieder zu verlieren, die die Regierungsvorlage hatte.

Abg. Weder-Arnberg (Zentr.): Auch wir sind nach wie vor für ein Reichsberggesetz.

Abg. Pfeiffer (Zentr.) wünscht die Herausgabe eines deutschen Farbenbuches als Hilfsmittel für Kunsthandwerker.

Abg. Gué (Soz.): Wir verlangen, daß die Regierung erklärt, ob sie die ohnehin schon fadenförmige Vergarbeitergesetzvorlage weiter verhandeln und dieses verbrecherische Gesetz zur Durchführung gelangen lassen will.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Wenn Herr Gué die Vergesetzvorlage als verbrecherisch bezeichnet, so geht das mich nichts an. Die Parteien im Landtag können ja dazu Stellung nehmen. (Beifall.)

Abg. Spethmann (natl.) beschwert sich über den Betrieb im Kaiser-Wilhelmkanal.

Abg. Koch (Soz.): Herr Günther hat sein Urteil über die Abonnentenversicherung sicherlich nicht aus eigener Kenntnis des Geschäftsgebarens der Verleger.

Abg. Südekum (Soz.): Hat der Herr Staatssekretär dafür gesorgt, daß für die nächsten Reichstagswahlen Wahlurnen vorhanden sind, die das Wahlgeheimnis sichern?

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Ich habe unter der ungeheuren Zahl von Urnen, die mir vorgelegen haben, etwas Passendes noch nicht gefunden.

Braunschweigischer Bundesratsbevollmächtigter Geh. Legationsrat Boden weist nachdrücklich die Ausführungen des Abg. v. Dannenberg zurück.

In der Spezialdebatte erklärte der württembergische Bundesratsbevollmächtigte Ministerialrat Dr. v. Köhler die Ausführungen des Abg. Erzberger aus der zweiten Lesung für unrichtig, wonach die katholische Gemeindepflege bei der Vergütung von Unterhaltungen aus dem Kapital der Versicherungsanstalten benachteiligt werde.

Abg. Erzberger (Zentr.) hält seine Behauptungen aufrecht.

Die Abg. Dr. Sieber (natl.) und Dr. Everling (natl.) treten dem Abg. Erzberger scharf entgegen.

Der Etat des Reichsamts des Innern wird bewilligt.

Dann wird die Sitzung auf Freitag vormittag 10 Uhr vertagt. — Schluß 9 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 2. April.

Präsident Graf Stolberg eröffnet 10 Uhr 15 Minuten die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Etats, die zunächst beim Militäretat fortgesetzt wird. Nach kurzer Debatte wird das Gehalt des Kriegsministers bewilligt. Beim Titel „Artillerie- und Waffengewesen weist Abg. Pauli-Potsdam (kons.) auf die hohen Wohnungsmieten in Spandau hin und empfiehlt die Petitionen der davon betroffenen Handwerker und Arbeiter der Militärwerkstätte zur Berücksichtigung.

Der Militäretat wird angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Marineetats. Beim Titel „Staatssekretär“ bittet Abg. Spethmann (fr. Vpt.), die zur Unterstützung der Hochseefischerei in der Nordsee ausgeworfenen Mittel auch der Fischerei in der Ostsee nutzbar zu machen und die Aussicht, welche die kaiserliche Marine durch die Torpedoboote in der Nordsee ausübt, auch auf die Ostsee auszudehnen.

Staatssekretär v. Tirpitz: Die Aussicht in der Nordsee ist lediglich internationaler Natur. Bei dem großen Interesse, welches die kaiserliche Marine der Fischerei entgegenbringt, wird dem Wunsche des Vorredners entsprechen werden. (Bravo.)

Der Marineetat wird bewilligt.

Es folgt die dritte Beratung des Etats der Schutzgebiete.

Abg. Dr. Arendt (Npt.) begründet eine Resolution, in der verlangt wird, daß das Sanatorium in Wuziri (Ostafrika) das ganze Jahr über geöffnet und auch für Entbindungen eingerichtet werde. Die Resolution wird angenommen und darauf auch der Etat der Schutzgebiete.

Es folgt die dritte Beratung des Kolonialetats. Auf Anfrage des Abg. Erzberger (Ztr.) erklärt nach kurzer Bemerkung des Abg. Arning (natl.) Staatssekretär Dernburg: Es handelt sich in Samoa nicht um einen Verstoß gegen die Weizen, sondern um einen Zusammenstoß von Gruppen der Eingeborenen. In Ermangelung einer Kabelverbindung hat der Gouverneur, der sicherlich

balder Bewegung Herr werden wird, um Unterstützung durch ein Geschwader, das sofort abgefordert wurde. Die Samoaner fühlen sich unter unserer Herrschaft sehr wohl. Wir haben ihnen gewisse Rechte eingeräumt. In Neuginea ist inzwischen eine Besserung der Situation eingetreten und die Ermäßigung des Zolltarifes beantragt. Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Kolonialetat bewilligt, desgleichen zumeist ohne Debatte die restierenden Etats.

Zu der Gesamtabstimmung wird der Etat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Bezüglich der Resolution **Hompesch** (Zentr.), betr. Befreiung der Abonnementversicherung, ist die Abstimmung zweifelhaft. Es ist daher ein Sammelspruch erforderlich. Für den Antrag ergeben sich 112, gegen ihn 53 Stimmen. Somit ist das Haus nicht beschlußfähig.

Die Sitzung wurde auf 12¼ Uhr vertagt.

Zu der zweiten Sitzung wurde zunächst die Resolution betr. Befreiung der Abonnementversicherung angenommen und die Resolution betr. Feldwebelkautants abgelehnt. Annahme fand ferner die Resolution gegen die Geheimhaltung der Qualifikationslisten. Es folgen Petitionen, die ohne weitere Debatte erledigt werden. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident **Graf Stolberg** wünscht zum Schluß dieses arbeitsreichen Abschnittes den Abgeordneten frohe Osterferien und gute Erholung bis zum nächsten arbeitsreichen Abschnitt.

Nächste Sitzung 20. April nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung: Petitionen. Schluß nach halb 1 Uhr.

Die Fernfahrt des Reichsluftschiffs.

* **München**, 1. April. Zur Sturmfahrt des Reichsluftschiffes über die Alpen wird noch berichtet: Bei der gestern in den ersten Morgenstunden verbreiteten Nachricht: „Zeppelin kommt“ wurde die ganze Stadt lebendig. Tausende fuhren oder wanderten auf die Theresienwiese und den Exerzierplatz Oberwiesenfeld. Sämtliche Höhepunkte, Dächer usw., waren besetzt. Der Rathhaussturm war für die Mitglieder des Gemeindefestivals reserviert. Auf dem Frauenturm allein hatten sich hundert Personen eingefunden. Gegen ¼ 9 Uhr wurde das Luftschiff, das über Vöhrsch, Memmingen, Landsberg, Füssenfeld, Brud und Pasing kam, gesichtet. Längere Zeit manövrierte es über der Nachbarstadt Pasing. Gegen ¼ 10 Uhr tauchte es über der Theresienwiese auf, und fuhr, mit der Spitze gegen die Bavarica gefehrt, über die Wiese hinweg. Graf Zeppelin grüßte dort Seine Königl. Hoheit den Prinzregenten, der mit anderen Mitgliedern des königlichen Hauses in der Nähe der Bavarica weilte. Begeisterte Hochrufe wurden laut. Dann ging der Ballon in ungefähr 100 Meter Höhe über die Stadt hinweg. In großem Bogen feuerte das Luftschiff dann auf den Exerzierplatz Oberwiesenfeld zu, der militärisch abgeheert war. Hierher folgte ihm in Wagen und Autos die Hofgesellschaft. Alles war zu einer Landung vorbereitet. Der starke Südwestwind hatte inzwischen größere Gewalt angenommen und setzte mit zeitweiligen sturmartigen Böen ein. Das Reichsluftschiff hielt sich zwar lange in gleicher Höhe mit der Spitze gegen den geplanten Landungsplatz, war aber doch schon etwa 3 Kilometer entfernt und konnte gegen den Wind nicht mehr aufkommen. Von militärischer Seite wurden dem Luftschiff sofort schwere Reiter nachgeschickt, ferner Autos, die man mit Infanteristen besetzt hatte. Wie auf der Derrreise machte das Luftschiff verschiedene Kreuz- und Querzüge im Wind manövrierte und fuhr in der Richtung auf Landsbut. Nach Fahrten über Landau, Dingolfing kam nach 3 Uhr die Meldung, daß das Luftschiff in jenem Bezirk bei Niederwiebach gelandet ist. Wie die „Münd. Neuest. Nachr.“ gestern abend erfuhren, erfolgte die Landung bei Loiching sehr glatt. Sie war verursacht infolge des starken böigen Windes. Graf Zeppelin übernachtete an der Landungsstelle. Wie ein Extrablatt der „Münchener Ztg.“ meldete, ankerte das Reichsluftschiff gestern abend auf den Feldern zwischen Loiching und Niederwiebach. Im Bord ist alles wohl. — Prinz und Prinzessin Alfonso von Bayern begrüßten den Grafen herzlich. — Heute früh wurde eine Nachsicherung mit frischem Gas vorgenommen. Die Luftschiffabteilung wurde gestern nachmittags um 5¼ Uhr mittels Extrazugs nach der Landungsstelle des Luftschiffes befördert.

Die Sturmfahrt des „Zeppelin I“ hat für die Stärke des Luftschiffes einen glänzenden Beweis erbracht. Fünf Stunden lang hat es im Sturm, der bis zu 18 Metern in der Sekunde anwuchs, tapfer Widerstand geleistet. Von der Gewalt des Windes kann man sich einen Begriff machen aus der Tatsache, daß auf der Straße München-Freising verschiedene Telegraphenstäben vom Sturm umgeworfen wurden. Aber die Ursachen der Zwischenlandung bei Niederwiebach äußerte sich Graf Zeppelin in einem Mitarbeiter der „M. N. N.“ gegenüber dem *dem moment, als wir auf Oberwiesenfeld niedergehen wollten, kam eine heftige stürmische Böe, so daß wir nicht mehr auf dem Platz verbleiben konnten. Hätten wir dies gemerkt, so hätten wir schon früher beabsichtigt und uns dann vom Wind rückwärts herabtreiben lassen. Wir ließen uns nun vom Wind treiben, um bei günstigerem Wind zurückzufahren, da es keinen Sinn hatte, eine Landung bei dem Sturm freiwillig zu unternehmen. Wir warteten lange, in der Hoffnung, daß der Wind abflauen werde. Erst als wir sahen, daß darauf nicht mehr zu rechnen sei, haben wir beschloffen, zu landen. Wir wollten auch die Chancen benutzen, da inzwischen die Luftschiffabteilung mit Sonderzug gefolgt war und da wir uns auch nicht weiter in ungünstiges hügeliges Gelände treiben lassen wollten. Nach München wollen wir auf alle Fälle ab heute oder morgen, hängt von der Windstärke ab, wenn der Wind abflaut, dann noch heute, eventuell werden wir aber über Nacht bleiben müssen. Das Luftschiff ist auf der Stelle ist. Während der Fahrt hierher fanden wir, daß wir in einer durchschnittlichen Höhe von 750 Metern noch verhältnismäßig am wenigsten vom Wind zu leiden hatten. Bei einigen Versuchen, in niedrigeren Luftschichten zu fahren, fanden wir eine sehr ungünstige Windstärke. Die Windstärke betrug durchschnittlich 18 Meter in der Sekunde. — Nachts lag das Luftschiff fast bewegungslos da. In der rückwärtigen Gondel hatten sich Graf Zeppelin, die Offiziere und die Besatzungsleute nach Möglichkeit ein Nachtlager zurecht gemacht. Die Wache hielten drei Kompanien des 16. Inf.-Regts. aus Landsbut. Das ganze erste Bataillon des 16. Infanterieregiments war mittels Extrazuges zum Landungsplatz des Luftschiffes befördert worden.*

Friedrichshafen, 2. April. Gestern abend reisten auf Wunsch des Grafen zwecks Ablösung der Besatzung des Reichsluft-

schiffes von Friedrichshafen nach München: Hauptmann Lohmüller, Ingenieur Stahl, Kapitän Lau, die Monteur Kaut und Babourda.

(Telegramme.)

* **Dingolfing**, 2. April. Das Reichsluftschiff ist um 11¼ Uhr, nachdem der Wind etwas nachgelassen hatte, und die Gasauffüllung beendet war, unter den Klängen der Kapelle des 16. Infanterieregiments wieder aufgestiegen.

München, 2. April. Das Reichsluftschiff ist um ¼ 2 Uhr auf dem Exerzierplatz Oberwiesenfeld glatt gelandet. Als um 11¼ Uhr bekannt wurde, daß das Luftschiff die Fahrt nach München angetreten habe, strömten dichte Scharen nach dem Oberwiesenfeld, wo sich um 12¼ Uhr Seine Königl. Hoheit der Prinzregent und Prinzen und die Prinzessinnen des königlichen Hauses einfanden. Das Militär sperren den für die Landung bestimmten Platz ab. Die Luftschiffabteilung nahm Bereitschaftsstellung und die Erwartung stieg immer mehr, bis man aus der Richtung von Freising das Luftschiff majestätisch daherkommen sah. Eine große Anzahl Häuser waren besetzt und dicht von Menschen besetzt. Großer Jubel empfing die Luftschiffer. Auf den Straßen und Plätzen setzten sich die Ovationen fort als das Luftschiff auf dem Oberwiesenfeld landete. — Nachdem Graf Zeppelin die Gondel verlassen hatte, wurde er von Seiner Königl. Hoheit dem Prinzregenten und von den Prinzen des königlichen Hauses begrüßt und zu der erfolgreichen Fahrt beglückwünscht. Das Publikum brach immer in erneute Hochrufe aus. Als dann begaben sich der Prinzregent und die Prinzen der Gondeln nach dem Gebäude der Luftschiffabteilung, wo das Frühstück eingenommen wurde, in dessen Verlauf Seine Königl. Hoheit der Prinzregent dem Grafen Zeppelin die Prinzregent-Luitpoldmedaille in Gold überreichte. Auch den übrigen Luftschiffen wurden Auszeichnungen verliehen. Während der Tafel brachte Seine Königl. Hoheit der Prinzregent einen Trinkspruch auf den Grafen Zeppelin und das weitere Gedeihen des Luftschiffbaues aus.

München, 2. April. Um 3 Uhr 36 Min. nachm. ist das Reichsluftschiff wieder aufgestiegen und in südwestlicher Richtung davon gefahren.

Aus Rußland.

(Telegramme.)

* **St. Petersburg**, 2. April. Die Dum a verhandelte gestern bei vollen Tribünen über den Militäretat. Der Referent der Budgetkommission, der Führer der Oktoberisten, Guskow, beantragte die Bewilligung des Gesamtbedarfs der Militärverwaltung in Höhe von 512 625 793 Rubel. Im Verlaufe der Debatte verließ General **Bobinski** (Radetki) die Reihen des deutschen Militäretats mit denen des russischen und behauptete, der russische Staatsbürger bezahle für Seereserve 2½ mal soviel als der deutsche. Von der extremen Rechten hob **Purischkewitsch** die Trauer wegen der Ereignisse der letzten Tage hervor und sprach von nationaler Erniedrigung und von einer Schmach, die Rußland erlebt habe. Nach der Mittagspause sprach von der gemäßigten Rechten **Graf Bobinski**. Er begann mit der Behauptung, daß durch die Deutschen eine strategische Kolonisation der russischen Westprovinzen statfinde, was der Redner durch den Drang der Deutschen nach dem Osten zu erklären suchte. Im eigentlichen Rußland lebten 5200000 Deutsche, die größtenteils nützliche Mitglieder des Staates seien; in den Westprovinzen bestände aber eine von außerhalb geleitete Kolonisation zu Militärzwecken. In Polen fäßen jetzt über eine halbe Million Deutsche, um die Festung Dubno herum 300 000 und um Kowno 150 000. Fast alles Land zwischen den Forst und der Festung gehöre hier den Deutschen. **Mg. Tschelidsje** (Sog.) behauptete, nur ein Sieg des Volkes könne Rußlands Freiheit wieder aufrichten. **Maukow** (ext. Rechte) nannte die Jungtürken Eddredner und militärische Streber und kritisierte die französischen Heereszustände, die Demokratisierung des französischen Offizierskörpers und das Einbringen des Judentums in dasselbe. (Hierauf entstand ein allgemeiner Lärm.) Präsident **Chomjatow** erteilte **Maukow** unter stürmischen Zurufen einen Ordnungsruf, weil er die französische Armee beleidigt habe.

* **St. Petersburg**, 2. April. Die Reichsduma vertagte sich heute bis zum 20. April.

Warschau, 2. April. Als der Intendant des jüdischen Krankenhauses gestern 5000 Rubel auszahlen wollte, wurde er von Terroristen durch Revolvergeschüsse schwer verwundet und beraubt. Zwei Verbrecher entkamen, zwei wurden verhaftet.

* **Warschau**, 2. April. In der Fabrikstadt Tomaszow im Gouvernment Petrikau wurde die ganze aus sechs Personen bestehende Familie des Viehhändlers **Sibermann** ermordet.

Zur Lage am Balkan.

(Telegramme.)

* **Berlin**, 2. April. Die russische Regierung hat sich beunruhigt vor der jüngsten Demarche der Machti in Belgrad bereit erklärt, auf Grund der türkischen Vereinbarung mit Österreich-Ungarn über die Annexion Bosniens und der Serbegovina der dadurch bedingten Abänderung des Artikels 25 vom Berliner Vertrag ihre Zustimmung zu geben. Trotz wiederholter gegenteiliger Feststellung in deutschen Blättern wird in einem großen Teil der ausländischen Presse die Fabel aufrechterhalten, der Entschluß der russischen Regierung sei das Ergebnis einer „Kression“ Deutschlands gewesen. Es wurde sogar die groteske Behauptung aufgestellt, Deutschland habe mit einer Mobilmachung gedroht. Demgegenüber ist die „Nordd. Allg. Ztg.“ ermächtigt, den Herzog authentisch und endgültig folgendermaßen festzustellen: Da sich Rußland an die Spitze einer friedlichen Einwirkung auf die serbische Regierung gestellt hatte, trat die kaiserliche Regierung in einer den traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland entsprechenden Weise an letzteres mit dem Gedanken heran, einer weiteren Aktion in Belgrad dadurch eine festere Basis zu geben, daß die Rechte einzeln durch Noten auf den ihnen von Österreich-Ungarn zu erkennen zu gebenden Wunsch ihre Sanktion zur Abänderung des Artikels 25 des Berliner Vertrags aussprechen sollten. Die Folge des Gedankenaustausches über die deutsche Anreueung zwischen Berlin und St. Petersburg war die Zustimmung der russischen Regierung zu Deutschlands völkergemeintem Vorschlag, dessen durch aus freundschaftlichen Charakter und rein friedliche Tendenz richtig erkannt und bewertet zu haben. Ein Grund zu Verdächtigungen Deutschlands oder Rußlands kann in dem ganzen Vorgang also absolut nicht gefunden werden.

* **Konstantinopel**, 1. April. Die Blätter weisen nachdrücklich auf den Notstand und die beginnende Hungersnot in einzelnen Gebieten Anatoliens und sogar im reichen Wilajet Drussa hin.

* **Belgrad**, 2. April. Skupschina. Der Vorsitzende teilte mit, daß das Präsidium eine von 72 Abgeordneten unterzeichnete Petition betr. Verlegung der Residenz von Belgrad nach dem Innern des Landes der Regierung überreicht habe. Nach der Erledigung des Enlaufs vertagte sich das Haus bis zum 15. April. Es verlautet, daß die neue Residenz **Nisch** sein soll.

Großherzogtum Baden.

* **Karlsruhe**, 2. April.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Legationsrat Dr. Seyb und den Minister Dr. ing. **Honell** zur Vortragserstattung. Hierauf meldeten sich die Majors von der Osten, Bataillonskommandeur im Leibgrenadierregiment König **Friedrich Wilhelm III** (1. Brandenburgischen) Nr. 28, bisher Adjutant der 29. Division und de Lorne de St. Ange, Kommandeur des Rheinischen Jägerbataillons Nr. 8, bisher im 4. Magdeburgischen Infanterieregiment Nr. 67. Heute nachmittag und abend hörte Seine Königl. Hoheit die Vorträge der Geheimräte Dr. Freiherr von Babo und Dr. Nicolai.

** Im Monat Februar 1909 gelangten beim **Genossenschaftsvorstand der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft** 584 Unfälle zur Anzeige, wovon 459 auf die Landwirtschaft und die mitersicherten Nebenbetriebe und 125 auf die Forstwirtschaft entfielen. Erstmals entsehädigt wurden 372 Fälle; hierunter sind 15 Fälle mit tödlichem Ausgang. An Jahresrenten wurden für die neu entschädigten Fälle 31 850 M. angewiesen, und zwar an 367 Verletzte 30 052 M., an 7 Witwen 660 M. und an 17 Kinder 1138 M. Für die tödlich verlaufenen Unfälle wurden weiter 750 M. Sterbegelder bezahlt. Im gesamten waren zu Anfang des Monats Februar 22 500 Personen im Rentenenuß, davon schieben im Laufe des Monats Februar durch Einstellung der Rente 107 und durch Tod 49 aus. Unter Berücksichtigung des obigen Zugangs bezogen hiernach auf 1. März 22 725 Personen Renten im gesamten Jahresbetrage von rund 1 868 500 M. Die Zahl der Fälle, in welchen im Laufe des Monats Februar Entschädigungen abgelehnt wurden, betrug 93; in 218 Fällen mußten Änderungen im Rentenbezüge vorgenommen werden.

(Personalnachrichten aus dem Ober-Postdirektionsbezirk Karlsruhe.) **Angenommen:** zu Postanwärtern: Johann Wreth, Pius Stengel, Alois Walter in Karlsruhe, Franz Waier, Wilhelm Hermann in Mannheim, Johannes Doll, Adam Pfeil in Forzheim; zu Telegraphenanwärtern: Joseph Koch, Alexander Julier, Bernhard Krausweier in Mannheim; zu Telegraphengehilfen: Maria Köhler, Lina Gramich in Mannheim, Josephine Singer in Baden-Baden; zum Postagenten: Ludwig Seppich in Binau.

Entmündigt ange stellt: als Postassistenten: die Postanwärter Theobald Breinlinger in Mannheim-Baldhof, Sebastian Busch, Felix Jünger, Hermann Moritz in Mannheim, Joseph Kleiser in Forzheim; als Telegraphenassistenten: die Telegraphenanwärter Franz Baumann, Reinhold Garbe, Gottlob Schörr in Mannheim, Ferdinand Stgemüller in Karlsruhe, Karl Firschenbach in Forzheim.

Ernannt: zu Ober-Postassistenten: Stephan Meyer, Karl Schiff in Bruchsal, Karl Bischoff in Durlach, Emil Wittiger in Oppenau, Julius Buschler in Rauberbsdorfheim, Karl Dresel, Franz Schöfer in Mannheim-Neckarau, Jakob Gstein in Weinheim, Gustav Essig, Otto Fleig, Ludwig Jöller, Albert König, Leopold Kuhmann, Paul Seiffert, Wilhelm Stannmann in Forzheim, Konrad Franz, Wilhelm Groß, Georg Haas, Franz Lang, Hermann Ostreich, August Schüßlein, Karl Hlein in Mannheim, Karl Friedrich in Eberbach, August Sander, Joseph Koch, Simon Vink, Karl Meier, Oskar Mach, August Müller in Karlsruhe, Heinrich Harbath, Adolf Sponagel in Heidelberg, Georg Hoffmann in Sodenheim, Joseph Kippenhan in Neckargemünd, Ludwig Klasterer in Eppingen, Karl Metti in Etlingen, Ludwig Moschberger in Rehl, Timotheus Niffel in Rheinau, Erwin Saif, Nachus Simon in Raßau, Joseph Waldborn in Baden-Baden, Jakob Weidenannt in Mingolsheim, Lorenz Wurz in Oberkirch; zu Ober-Telegraphenassistenten: die Telegraphenassistenten: Johann Harbath in Mannheim, Heinrich Volk in Heidelberg; zu Postassistenten: die Postanwärter: Friedrich Würflin, Friedrich Dohm, Artur Güter, Albert Matteiot in Mannheim; zu Telegraphenassistenten: die Telegraphenanwärter: Max Bauer, Friedrich Dieckhoff, Jakob Hemmerich, Heinrich Müllisch, Franz Keeter, Paul Richter, Wilhelm Strobel in Mannheim, Friedrich Haupt, Karl Westermann in Karlsruhe.

Berufen: die Postassistenten: Max Weid von Sodenheim nach Mannheim, Karl Dittus von Durlach nach Karlsruhe, Paul Gech von Heidelberg nach Mannheim, Konrad Hoffmeister von Neudorf nach Karlsruhe, Heinrich Kern von Eberbach nach Mannheim, Otto Matkon von Neckarau nach Heidelberg, Karl Scheibel von Bretten nach Karlsruhe, Karl Wefel von Karlsruhe nach Oberkirch; der Telegraphenassistent: Karl Stepler von Forzheim nach Karlsruhe.

Zurückgezogen: die Berufenen des Postassistenten Johann Anold von Heidelberg nach Stodach.

In den Ruhestand tritt: der Telegraphensekretär Alexander Bogel in Baden-Baden.

Freiwillig ausgeschieden: der Postagent Heinrich Pfisterer in Binau.

Gestorben: der Ober-Postsekretär a. D. Rechnungs-

rat Ludwig Münder in Karlsruhe. (Großherzogliches Hoftheater.) Zum Gedächtnis an den jüngst verstorbenen Dichter Ernst von Wildenbruch wird morgen Samstag den 3. April das historische Schauspiel „Die Quikow“ neuinszeniert und in neuer Besetzung in Szene geben. Die beiden Titelrollen spielen die Herren Herz und Neuwes. Die Regie führt Herr Nienscherf. (Die nächste Sitzung des Bürgerausschusses) findet Mittwoch den 14. April bei folgender Tagesordnung statt: 1. Verabschiedung der städtischen Rechnungen vom Jahre 1906. 2. Aufrechterhaltung von Krediten. 3. Festsetzung des für die Ruhegehaltberechtigung und Hinterbliebenenversorgung städtischer Beamter maßgebenden Dienstverhältnisses und Anstellung städtischer Beamter mit dem Recht auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. 4. Bewilligung einer Geldpende zur Vinderung der in verschiedenen Teilen des Deutschen Reiches durch die Überschwemmungen entstandenen Notlage. 5. Beratung des Gemeindevoranschlags für 1909.

(Badischer Schwarzwaldberein.) Dem vom Vereinspräsidenten Bürgermeister Thoma-Freiburg erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß das abgelaufene Geschäftsjahr, das 45. seit Gründung des Vereins, im allgemeinen einen günstigen Verlauf nahm. Im Jahr 1908 wurden in 71 Sektionen 11248 Mitglieder gezählt; die Mitgliederzahl hat gegenüber dem Vorjahre um 35 zugenommen. Auch im vergangenen Jahre war die Tätigkeit des Hauptvorstandes wieder sehr umfangreich. Das von den Herren Stadtbaumeister A. Thoma und Architekt Fr. Bloch in Freiburg ausgearbeitete Feldbergturm-Dauprojekt kann erst zum Abschluß gelangen, wenn es in Einklang mit den verfügbaren Mitteln gebracht ist. Die eingeleiteten Sammlungen ergaben die Summe von 55 782 M. Von einem baldigen Beginn des Baues kann noch nicht die Rede sein. Für den Bau eines Hornsgründturmes wurden bis jetzt 22 423 M. aufgebracht; der Bau dürfte auf nahezu 40 000 M. zu stehen kommen. Eine Hauptaufgabe der Höhenwegkommission war im Jahre 1908 die Generalkorrektur des Höhenwegs Forzheim-Waldshut, die in sehr befriedigender Weise ausgeführt wurde. Ferner fand eine gründliche Herstellung der Wegtrasse Zeiger-Perzogenhorn-Wacht statt. Die Sektion Schluchsee verbesserte den Höhenweg zwischen Lengkirch und Schluchsee innerhalb des Sektionsgebietes. Die Gesamtausgabe des Kartenwerkes, für das im Jahre 1908 insgesamt 3803 M. ausgegeben wurden, ist beendet, es bleibt daher für die kommenden Jahre nur die Aufgabe der Vorbereitung und Ausführung der neuen Auflagen. Die Monatsblätter erscheinen seit 1. Januar 1909 im eigenen Verlag des Vereins; der aus den Inseraten zu erwartende Gewinn fließt dem Verein zu. Der Kasernenbericht verzeichnet bei 28 529 M. Einnahmen nach dem Voranschlage eine Mindereinnahme von 272 M. und bei 28 008 M. Ausgaben eine Minderausgabe von 792 M., der Kasernenrest beträgt 520 M. Der Bericht bezeichnet zum Schluß das Jahr 1908 als ein erfreulich günstiges für den Verein.

(Arbeiterbildungsverein.) Mit den beiden Vortragsabenden am 3. und 4. April, welche im Gemeindefaß der Weststadt, Blücherstraße 20, veranstaltet wurden, findet der deutsche Kultur gewidmete Zyklus sein Ende. An diesen beiden Abenden wird Albert Weiger über Goethes „Faust“ sprechen.

(Gesellschaft für Brauerei, Spiritus und Preßhefe-Fabrikation vorm. Sinner-Grünwinkel.) Die gestrige Generalversammlung der Gesellschaft genehmigte die vorgelegte Bilanz und beschloß die Verwendung des Reingewinnes gemäß dem Antrag des Aufsichtsrats. Die sofort zahlbare Dividende wurde auf 16 Proz. festgesetzt. Die allgemeine Geschäftsprobe des Unternehmens — mit Ausnahme des Spiritusgeschäftes — bezeichnet der Generaldirektor als schleppend. Die Branntweinfabrikation liegt zurzeit unflar, denn je, was im Interesse des ganzen Gewerbes aufs tiefste zu bedauern sei.

(Aus der Sitzung der Strafkammer IV. vom 27. März.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor von Wolbeck. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Reichert. Ein verwegener und gefährlicher Einbrecher wurde in dem zweiten heute zur Aburteilung stehenden Falle in die Anklagebank geführt in der Person des im Jahre 1886 in Wochau geborenen Buchbinders Friedrich Wilhelm Pappe. Er hat im Laufe des vorigen Jahres, besonders in dessen zweiter Hälfte in verschiedenen Städten Deutschlands zahlreiche Einbruchsdiebstähle verübt, für die er sich in den letzten Monaten vor den Strafkammern in Düsseldorf, Köln, Wiesbaden und Hannover verantworten mußte. Er wurde von diesen Gerichten verurteilt und zwar am 20. Januar in Düsseldorf zu 6 Jahren Zuchthaus, am 8. Februar in Köln zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, am 9. März in Wiesbaden zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis und vor wenigen Tagen in Hannover zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus. Diese Urteile sind noch nicht rechtskräftig geworden, weil Pappe die gegen ihn ausgesprochenen Strafen nicht angenommen hat. Er behauptet, die ihm zur Last gelegten Einbrüche nicht begangen zu haben und auch nicht der Buchbinder Pappe zu sein. Es liegt nach seiner Angabe eine Personenverwechslung vor, denn er heiße kurz vor Wrensdorf und sei kein Dieb. Damit richtete er aber bei den genannten Gerichten nichts aus. Auf seiner Kundreise bei den Gerichtshöfen in den letzten Monaten kam nun Pappe auch vor die hiesige Strafkammer, weil in ihm der Dieb gefaßt wurde, der in der Zeit von Ende Mai bis 19. Juli v. J. hier und in Baden-Baden verschiedene schwere Diebstähle verübte. Er wendete seine alte Taktik auch jetzt wieder an, indem er bestritt, der Buchbinder Pappe zu sein und sich kurz vor Wrensdorf nannte. Er behauptete, schon deshalb die Diebstähle nicht begangen haben zu können, da er sich im vorigen Jahre in Wien aufgehalten habe und weder nach Karlsruhe noch nach Baden-Baden gekommen sei. Durch die Beweisführung wurde aber der Angeklagte mit einer Ausnahme vollständig überführt. In dem einen Fall erfolgte demnach trotz dringender Verdachtsmomente Freisprechung. Im übrigen verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen mehrfachen schweren Diebstahls zu 3 Jahren 9 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und wegen falscher Namensangabe zu 1 Woche Haft.

(Waldshut, 1. April.) Das reine Vermögen des Kreises Waldshut betrug am 1. Januar 1909 426 811 M. 68 Pf. Es hat sich gegenüber 1908 um 40 590 M. 16 Pf. vermehrt. Der Kreisvoranschlag sieht in Ausgaben 361 792 M., in Einnahmen 236 563 M. 43 Pf. vor. Zur Deckung des ungedeckten Aufwands von 125 228 M. ist eine Umlage von 3 Pf. zu erheben. Das beitragspflichtige Steuerkapital beträgt 452 906 620 M.

(Vom Bodensee, 31. März.) Der Kur- und Verkehrsverein in Konstanz hat den bekannten Schriftsteller v. Arg daselbst einstimmig zum Vorstand gewählt. — Nach dem Jahresbericht des Vereins zum Heinrich-Hospital in Aken für 1908 wurden im Hospital selbst 6626 Verpflegungsstage bei 177 Personen gezählt, und zwar mit einem Kostenaufwand von 21 649 M.; im Sanatorium dagegen verpflegte man 76 Personen in 4362 Verpflegungsstagen mit einem Aufwand von 11 803 M. Eine ganz erhebliche Summe wurde auch aufgewendet zur kostenlosen Behandlung von Bedürftigen. Die Bilanz weist einen Vermögensfonds an Immobilien und Effekten von 463 014 M. auf; die Ausgaben pro 1908 betragen insgesamt 34 200 M. — Nach einer Bekanntmachung des schweizerischen Landwirtschaftsdepartements vom 24. Februar d. J. können Seelinge, Getreide, Obstbäume und alle anderen Vegetabilien, mit Ausnahme von Weinreben im Grenzbezirk mit dem Großherzogtum Baden über die Nebengrenzländer Bayern und Württemberg haben die Frühlingsarbeiten begonnen. Das Schneiden der Reben beschäftigt hunderte von Händen. Der Weinstock hat im allgemeinen den Winter unter günstigen Auspizien überdauert; das Holz der Reben ist sehr gut ausgereift. Der Stand der Obstbäume stellt sowohl was Kernobst als was Steinobst anbelangt ein befriedigendes Bild in Aussicht. Der Verkauf von 1908er Obstsorten dauert fort, insbesondere sind es haltbare Tafeläpfel, wie Goldparmänen, Kaiser und Baumanns Reinetten, auch Lederäpfel, welche im letzten Herbst sorgfältig in Kisten verpackt und eingekraut wurden und dadurch ein frisches Aussehen behielten, deren Export am meisten geeignet erschien. Adellose Äpfel werden zurzeit mit 20—24 M. der Doppelzentner bezahlt. — Wie wir hören, hat der hohenzollerische Kommunalrat den Bau einer Straße von Liggersdorf über Wundersdorf zum Bahnhof

Schwadenreute genehmigt. Der Weg erfordert einen Aufwand von 90 000 M., wovon 12 000 M. auf badisches Gebiet fallen. Bei dem regen Verkehr der hohenzollerischen Grenzorte mit den Amtsbezirken Stodach und Metzlach ist die Erstellung dieser Straße freudig zu begrüßen.

(Kleine Nachrichten aus Baden.) In Bretten begannen am Mittwoch die Bürgerauschüsse. Für die dritte Klasse hatten der Bund der Landwirte, die Liberalen und Sozialdemokraten je eine Liste aufgestellt. Der Vorschlag des Bauernbundes siegte mit großer Majorität. — Ein entsetzliches Ende nahm ein häuslicher Streit unter den hochbetagten Eheleuten V. in Achern. Der Mann hieb sich, lt. „Bad. Nachrichten“, in der Aufregung die linke Hand ab. Die rechte Hand hatte er bereits im Krieg 1870/71 verloren. Die Frau soll dem Unglücklichen Vorwürfe gemacht haben, weil er nicht genügend verdiene. — Der Motorwagenverkehr zwischen Denglingen und Glattthal wurde gestern wieder eröffnet. — Die Einwohnerzahl von Billingen hat das 11. Tausend überschritten. — Eine Köchin in Seilsberg gewann mit einem geschenkten Lose der Donaueschinger Pferdelotterie ein Pferd. Bei der Versteigerung wurden 660 M. Erlöst. — Die Schuhmacherhilfen in Vörrach sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

(Potsdam, 2. April.) Reichskanzler Fürst Bülow war gestern zur Mittagstafel im Neuen Palais beim Kaiserpaar eingeladen.

(Paris, 2. April.) Aus Meru wird gemeldet, daß 10 Knopffabrikanten den Beschluß gefaßt haben, ihre Fabriken zu sperren. Durch diesen Beschluß sind 2000 Arbeiter beschäftigungslos geworden.

(Paris, 2. April.) Der Unterausschuß der Marineuntersuchungskommission der Kammer nahm gestern die Aussagen des Artillerieleiters, Generals Goussieu, entgegen; es heißt, daß der General sehr wichtige und nützlichen erregende Enthüllungen gemacht habe.

(Paris, 2. April.) Aus Adis-Ababa wird gemeldet, daß der Negus Menelik die Konzession der französischen Gesellschaft für den Bau und den Betrieb der Eisenbahn von Tschibudi-Adis-Ababa annulliert habe, da die Gesellschaft die ihr auferlegten Bedingungen nicht erfüllt habe.

(Brüssel, 2. April.) Die Deputiertenkammer nahm gestern im Verlauf der Interpellation über Kwangsarbeit im Kongostaat mit Zustimmung des Kolonialministers Renkin eine Tagesordnung an, die als nächste Reformen in der Kolonie: vertürgte Arbeitszeit, erhöhten Arbeitslohn, Zahlung in Geld sowie die Beschäftigung der Eingeborenen nur in ihrem Bezirk verlangt. In zweiter Lesung wurde hierauf der Reunionsentwurf als Maximalarbeitsvertrag für Bergarbeiter mit 125 gegen 8 Stimmen angenommen.

(London, 2. April.) General Creagh ist als Nachfolger Lord Mitcheners zum Oberbefehlshaber in Indien ernannt worden.

(Lissabon, 2. April.) Nachdem es Veiras und Telles abgelehnt haben, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen, beauftragte der König Wenceslao Lima damit.

(Athen, 1. April.) Seine Majestät der König hat Kallias mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Kallias hat sich eine zehntägige Bedenkzeit ausbedungen und die Versicherung, daß der König seine Zustimmung zur Auflösung des Kabinetts geben wird.

(Konstantinopel, 2. April.) Dieigenen Blättern zufolge ergriff der türkische Geschäftsträger in Teheran telegraphisch um Entsendung von Truppen zum Schutz der türkischen Untertanen in Teheran und um Entsendung eines Kriegsschiffes nach Abuschehr.

Verschiedenes.

Berlin, 2. April. Heute früh 10 Uhr wurde der 58 Jahre alte Oberbriefführer F. Culenburg in einem Hause der Weststraße auf dem Treppenhause des 2. Stockes mit 2 Stiefeln und am Kopfe im Blute schwimmend, bewußtlos aufgefunden. Er wurde in das Krankenhaus St. Ursula verbracht, wo er fast hoffnungslos darniederliegt. Wahrscheinlich liegt ein Mordverbrechen vor. — Nach den bisherigen Feststellungen wurden dem Briefträger 600 M., hauptsächlich Papiergeld, geraubt.

(Potsdam, 2. April.) Gestern nachmittag fand hier die feierliche Entüllung des Bismarckdenkmals statt. Das Denkmal ist das letzte Werk des Bildhauers Magnussen.

(Eberfeld, 2. April.) Gestern morgen wurde der 64 Jahre alte Schantwirth Schlenz in seinem Gastzimmer auf dem Bilsard erschlagen aufgefunden. Als mutmaßlicher Täter wurde der Stiefsohn des Ermordeten, Wilhelm Hoppe, verhaftet.

(Darmstadt, 2. April.) In dem Lumpenmagazin von Wolf u. Strauß brach gestern Abend Großfeuer aus. Das Magazin brannte vollständig nieder. Bei den Rettungsarbeiten wurden durch das Einstürzen des Daches drei Feuerwehrleute verletzt.

(Frankfurt a. M., 2. April.) Major v. Tschudi hat während seiner Anwesenheit in Friedrichshafen mit der Graf Zeppelin Luftschiffabriegelungsgesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, wonach Graf Zeppelin mit seinem Luftschiff die Luftschiffabriegelung besetzt. Das Luftschiff wird während der Ausstellung in der zu diesem Zwecke errichteten Halle hier stationiert sein und von hier aus Fahrten unternommen. Der Bau der Luftschiffhalle ist bereits in Angriff genommen.

(Stuttgart, 2. April.) Der langjährige frühere Vorstand des Geheimen Staatsarchivs, Präsident von Staelin, ist 68 Jahre alt, gestorben.

(Paris, 1. April.) Der Kritiker René Doumic und der Dichter Jean Vicaire wurden zu Mitgliedern der Akademie Francaise gewählt.

(Marseille, 2. April.) An Bord des Dreimasters „Jules Henri“, der Petroleum von Philadelphia nach Cette transportierte, ereignete sich eine Explosion. Sechs Arbeiter wurden getötet, zehn schwer verletzt. Zur Zeit der Explosion waren an Bord zwanzig Arbeiter beschäftigt.

(Port Sudan, 1. April.) Der Hafen von Port Sudan wurde heute vormittag vom Äthiopen feierlich eröffnet.

Literatur.

* Heinrich Bender: Die örtlichen Inventurbehörden (Ortsgerichte) und die öffentlichen Schärer im Großherzogtum Baden. Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei, Karlsruhe i. B. 1909. Preis M. 2.20.

In Baden besteht für jede Gemeinde eine örtliche Inventurbehörde mit der Bezeichnung Ortsgericht und ein öffentlicher Schärer. Die „örtlichen Inventurbehörden“ sind in der Hauptsache die Hilfsorgane des Nachlassgerichts, die öffentlichen Schärer sind die berufenen Sachverständigen zur Vornahme amtlicher Schätzungen bei Vermögensverzeichnis und dergleichen. Die örtliche Inventurbehörde (Ortsgericht) setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen; kraft des Gesetzes ist Mitglied der Bürgermeister, der auch den Vorsitz führt, die anderen beiden Mitglieder werden vom Gemeinderat aus den Ortseinwohnern ernannt. Der öffentliche Schärer wird vom Gemeinderat aus den Ortseinwohnern vorgeschlagen und vom Amtsgericht bestellt.

Der Verfasser hat sich zum Ziele gesetzt, die in das obige Gebiet einschlagenden Vorschriften der Gesetze, Verordnungen und Ministerialerlasse zusammenzustellen, den Stoff nach Möglichkeit zu erschöpfen und ihn übersichtlich darzustellen, um damit den Ortsgerichtsmitgliedern und den öffentlichen Schärern bei Ausübung ihres Amtes ein Buch als Hilfsmittel an die Hand zu geben. Die Vorschriften auf dem bezeichneten Gebiete liegen sehr verstreut, und die genannten Amtspersonen, die ja als solche eine besondere berufliche Vorbildung nicht haben, können in der Handhabung der verschiedenen Gesetzesbücher nicht bewandert sein; so ist zuzugabe, daß für eine systematische Zusammenstellung der einschlägigen Vorschriften ein Bedürfnis vorlag. Welch reicher Stoff hier zusammengetragen ist, erhellt aus dem in dem Buche enthaltenen Verzeichnis der abgekurzten Gesetzesbezeichnungen. Es ist nicht zu zweifeln, daß das Buch in den beteiligten Kreisen gute Aufnahme finden wird; es wird nicht nur von den ausführenden Organen (Ortsgerichten und öffentlichen Schärern), sondern auch von den aufsichtführenden Notariaten, Amtsgerichten und Gemeinderäten mit Nutzen gebraucht werden können.

Stand der Badischen Bank

am 31. März 1909.

Aktiva.	
Metallbestand	6 402 972 M. 94 Pf.
Reichs-Lassencheine	7 390 „ —
Noten anderer Banken	531 330 „ —
Wechselbestand	19 181 399 „ 38
Lombardforderungen	14 424 740 „ —
Effekten	779 069 „ 23
Sonstige Aktiva	1 839 992 „ 58
	43 166 894 M. 13 Pf.

Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefonds	2 250 000 „ —
Umlaufende Noten	16 831 900 „ —
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	14 709 012 „ 44
Um eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten	— „ —
Sonstige Passiva	375 981 „ 69
	43 166 894 M. 13 Pf.

Verbindlichkeiten aus weiter begebenen, im Inlande zahlbaren Wechseln 1 043 640 M. 33 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Industrie, Handel und Verkehr.

Im Inseratenteil der vorliegenden Zeitung gelangt eine Subskriptionseinladung der Preussischen Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft auf 18 000 000 M. ihrer 4proz. unverschobenen Zentral-Pfandbriefe vom Jahre 1909 zur Veröffentlichung. Die Subskription findet statt am Dienstag den 6. April d. J. zum Kurse von 100,70 Proz. Die Pfandbriefe sind eingeteilt in Abschnitte zu 5000, 3000, 1000, 500, 300 und 100 Mark. Die Rückzahlung derselben ist bis zum 1. März 1919 ausgeschlossen. Zeichnungen werden von den im Inserat angegebene Zeichnungsstellen entgegengenommen.

Großherzogliches Hoftheater.

Samstag, 3. März. Abt. B. 50. Ab.-Vorft. Reueinstudiert: „Die Unihows“, Schauspiel in 4 Akten von Ernst v. Wildenbruch, Anfang 7 Uhr, Ende 1/2 11 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 2. April 1909.

Begleitet von Regenfällen und lebhaften, stellenweise stürmischen Winden ist die Depression, die gestern vor der deutschen Nordseeküste gelegen war, bis zu den russischen Ostseeprovinzen weitergezogen; hoher Druck hat sich von Island aus über die britischen Inseln ausgebreitet und weist heute einen Kern von mehr als 775 mm über Schottland auf. Auf dem Festland wehen nordwestliche Winde, die erheblich abgekühlt haben, vielfach unter dem Gefrierpunkt. In Deutschland hat es meist aufgefrostet. Ein weiteres Minimum liegt bei Korfita, ein zweites Maximum über der iberischen Halbinsel. Voraussichtlich wird sich der hohe Druck weiter gegen das Binnenland ausbreiten; es ist deshalb wenig bewölkt, trockenes und etwas wärmeres Wetter zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 3. April früh:

Lugano bedeckt 13 Grad, Biarritz bedeckt 10 Grad, Nizza bedeckt 10 Grad, Triest bedeckt 11 Grad, Florenz bedeckt 10 Grad, Rom bedeckt 12 Grad, Cagliari heiter 12 Grad, Brindisi wolfig 10 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

April	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
1. Nachts 9 ^h II.	751.7	8.1	7.2	89	SWW	bedeckt
2. Morgs. 7 ^h II.	757.7	-0.4	3.2	72	W	h. bedeckt
2. Mittags 2 ^h II.	758.3	6.5	2.0	28	W	heiter

Höchste Temperatur am 1. April: 12.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -0.9.

Niederschlagsmenge, gemessen am 2. April, 7^h früh: 0.9 mm.

Wasserstand des Rheins am 2. April, früh: Schutterinsel 1.75 m, gestiegen 18 cm; Rehl 2.15 m, gestiegen 13 cm; Wagan 4.09 m, gestiegen 8 cm; Mannheim 3.06 m, gestiegen 8 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Rah in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Pädagogium Karlsruhe, Kaiserstr. 241. Externat, Internat. Sexta bis einschl. Obersek. Individ. Unterr. — Lösung der Aufgab. unter Lehreraufsicht. — Gediegene Vorbereitung zum Einjähr.-, Primaner- und Fähnrich-Examen. — Langjähr. Erfahrung. — Beste Referenzen. — Eintritt jederzeit. — Prosp. gratis. ○○○ SCHMIDT und WIEHL, Vorstände. ○○○

Danksagung.
Für die tröstlichen Beweise herz. Teilnahme an dem Hinscheiden unseres lieben Gatten und Vaters

Wilhelm Fessler
Großh. Bahnbauinspektor

sprechen wir unsern innigsten Dank aus.
Offenburg, 2. April 1909.

Susanna Fessler geb. Labhart,
Wilhelm Fessler, Apotheker,
Martha Fessler.

276

Eröffnung am 3. April 1909, nachmittags 3 Uhr:

Café - Restaurant
Grüner Baum
Neubau am Durlacher Tor.

Sehenswerte, modern und elegant eingerichtete Räume im Erd- und I. Obergeschoss.

Spezialausschank der Brauerei Hoepfner.

Vorzügl. helle und dunkle Biere. Kaffee. - Reine, zum Teil selbstgezogene Weine. - Feine Küche. **Dorfelder Billards.**

Täglich Künstlerkonzerte
von 4-6 Uhr mittags und 8-12 Uhr abends.

Unter Zusicherung sorgfältigster Bedienung ladet hiermit das p. t. Publikum von Karlsruhe u. Umgebung zum Besuche höflichst ein

J. Kaiser, Restaurateur.

267

Polstermöbel

werden in unserem Etablissement in ganzem Zustande tadellos chemisch gereinigt.

Färberei u. chemische Waschanstalt
vorm. **Ed. Brink** Act.-Ges.

Kaiserstr. 65 - Kaiserstr. 193 - Kaiserstr. 245 - Kaiserallee 31
Erbprinzenstr. 10 - Schützenstr. 8.
Telephon Nr. 63

181

Bad. Rote + Lose à 1 M.
Nur Geldgewinne
Ziehung 17. April 1909
3388 Bargewinne ohne Abzug
44 000 M.
2 Hauptgewinne
20 000 M.
3386 Gewinne
24 000 M.
11 L. 10 M.
Lose à 1 M. Porto u. Liste 30 Pf.
empfiehlt Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer Straßburgi. E.
Langstraße 107
In Karlsruhe:
Carl Götz, Hebelstr. 11/15.

Ladefinger, L. Michel, Dr. Frank

Aepfelwein
naturrein, glanzhell, haltbar
Joh. Georg Rackles
Hoflieferant, Frankfurt a. M.
Goldene Medaille Paris 1900.

984

Otto Fischer
Großh. Hoflieferant
(vorm. J. Stüber), Karlsruhe,
Kaiserstr. 130, Telephon 270,
empfiehlt: Vollständige Betten
jeder Art und Preislage, ganze
Wäsche-Anstreichern in vorzüglicher Ausführung.

Auf die Oster-Feiertage
empfehlen wir aus unseren eigenen Schäfereien prima

Milch-Lämmer
(Oster-Lämmer).

Der außergewöhnlich großen Nachfrage wegen bitten wir unsere verehrliche Kundschaft höflichst, Bestellungen auf Lammfleisch recht frühzeitig, spätestens aber bis zum 4. April bei einer unserer Filialen abzugeben, damit allen Wünschen möglichst entsprochen werden kann.

Gebrüder Hensel
Großh. Hoflieferanten

273

Bekanntmachung.
P. 260. Pforzheim. Der ledige Kreisarbeiter Jakob Augenstein in Pforzheim wurde durch Beschluß des Großen Amtsgerichts hier vom 23. März dieses Jahres wegen Trunksucht entmündigt.
Pforzheim, den 26. März 1909.
Gerichtsschreiber **Dr. Amtsgerichts 3: Lohrer.**

I. Anwaltsgehilfe
Stenograph und Maschinenschreiber, zu sofortigem Eintritt zur Ausfülle für einen Monat gesucht. P. 950.2.1
Pabr, den 1. April 1909.
Strohmeier, Rechtsanwalt.

Kilometerzeiger.
Der Anhang zum Kilometerzeiger der Badischen Staatsbahnen, enthaltend die Entfernungen für die Haltestellen, ist mit Gültigkeit vom 15. April 1909 in neuer Ausgabe erschienen. Durch ihn wird die Abfertigung für die meisten Haltestellen erweitert. Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrs-bureau.
Karlsruhe, den 31. März 1909.
Groß. Generaldirektion
der Badischen Staatsbahnen.

Preussische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft.

Subskription
auf
Unverlosbare
Mark 18 000 000 4% Central-Pfandbriefe vom Jahre 1909
Rückzahlung bis 1919 abgeschlossen
emittiert auf Grund des
Allerhöchsten Privilegiums Sr. Majestät des Königs von Preußen vom 21. März 1870.

Der zur Subskription bestimmte Betrag bildet einen Teil der unverlosbaren 4% Central-Pfandbrief-Anleihe vom Jahre 1909, deren Zulassung zum Handel und zur Notiz an der Börse von Berlin bereits beantragt ist und an den Börsen von Frankfurt a. M., Köln, Breslau, Dresden, Hamburg, Leipzig und München demnächst beantragt werden wird.
Von diesen unverlosbaren 4% Pfandbriefen wird der Betrag von

Mark 18 000 000

am
Dienstag den 6. April 1909

am	zum Kurse von	100,70 Prozent
zugänglich laufender	Stückzinsen vom 1. März 1909 bis zum Tage der Abnahme	in Berlin
bei der	Preussischen Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft,	in Dresden
"	Direction der Disconto-Gesellschaft,	" Hamburg
"	S. Gleichröder,	"
" Frankfurt a. M.	Direction der Disconto-Gesellschaft,	" Leipzig
" Köln	Sal. Oppenheim jr. & Cie.,	"
" Breslau	G. Heimann,	"
"	G. von Pachtal's	" München
"	Enkel,	" Bayerischen Bank für Handel & Industrie,
"	dem Schlesischen Bankverein,	

in Karlsruhe bei Straus & Co.
und den sonstigen Zeichnungstellen während der üblichen Geschäftsstunden - früherer Schluß vorbehalten - zur Subskription aufgelegt.

Bei der Subskription ist eine Kaution von fünf Prozent des bezeichneten Betrages in bar oder in solchen Effekten zu hinterlegen, welche die Zeichnungsstelle als zulässig erachtet wird.
Die Zuteilung bleibt dem Ermessen der einzelnen Zeichnungsstellen überlassen. Den Stempel der Zuteilungsschlusnote hat der Zeichner zur Hälfte zu tragen.
Die Abnahme der zugeteilten definitiven Stücke hat in der Zeit vom 19. April 1909 bis 18. Mai 1909 zu geschehen.
Die Central-Pfandbriefe sind ausgefertigt in Abschnitten zu 5 000, 3 000, 1 000, 500, 300 und 100 Mark und mit März-September-Zinsscheinen versehen. Sie werden von der Reichsbank in Klasse I begeben.
Seitens der Inhaber sind die Central-Pfandbriefe unkündbar. Die Gesellschaft dagegen hat das Recht, die Anleihe zur Rückzahlung zu kündigen, jedoch frühestens zum 1. März 1919. Die Kündigung ist immer nur zum 1. März oder 1. September zulässig und muß dreimal, das erste Mal innerhalb der ersten 8 Tage des dem Rückzahlungstermin vorhergehenden Monats September bzw. März, bekannt gemacht werden. Sie kann nur die ganze Anleihe oder einzelne Serien zum Gegenstand haben. Bei der Kündigung einzelner Serien muß die Reihenfolge derselben innegehalten werden. Eine Verlosung findet bei dieser Anleihe nicht statt, ebensowenig eine Rückzahlung innerhalb einer bestimmten Frist.
Die Preussische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft zu Berlin ist am 23. Mai 1870 in das Handelsregister eingetragen. Der Vorstand derselben besteht aus dem Präsidenten und drei Direktoren. Präsident und Direktoren werden vom Verwaltungsrat gewählt, die Wahl bedarf jedoch der Allerhöchsten Bestätigung durch Se. Majestät den König.
Die Aufsicht der Staatsregierung wird unter Leitung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten durch einen Staatskommissar ausgeübt, welcher befugt ist, jederzeit die Bücher, Schriften und Bestände der Gesellschaft einzusehen, von den Verwaltungsorganen der Gesellschaft Auskunft zu verlangen und an allen Sitzungen der Verwaltungsorgane teilzunehmen. Ihm sind gleichzeitig auch die Obliegenheiten eines Treuhänders übertragen.

Am 28. Februar 1909 betragen:

das eingezahlte Grundkapital	Mark 39 600 000,-
der Bestand an erworbenen Hypotheken	716 767 728,13
der Bestand an erworbenen kommunal-Darlehen	133 254 346,97
der Umlauf von Central-Pfandbriefen	693 246 150,-
der Umlauf von kommunal-Obligationen	132 010 100,-

Für die pünktliche Zahlung von Kapital und Zinsen der Central-Pfandbriefe haften die in das Hypothekenregister eingetragenen Darlehensforderungen. Der Staatskommissar hat die Urkunden über die Hypothekenforderungen unter Mitverschluß der Gesellschaft zu verwahren und darf diese Urkunden nur gemäß der Vorschrift des Reichshypothekenbankgesetzes herausgeben.
Kein Pfandbrief darf von der Gesellschaft ausgegeben werden, der nicht zuvor durch eine ihr zustehende, in das Hypothekenregister eingetragene Hypothekenforderung gedeckt ist.
Die Gesellschaft gewährt hypothekarische Darlehen nur auf solche Grundstücke, die einen dauernden und sicheren Ertrag geben. Sie bezieht Grundstücke in der Regel nur zur ersten Stelle, die Beleihung darf die ersten drei Fünftel des Wertes des Grundstücks nicht übersteigen.
Landwirtschaftliche Grundstücke dürfen bis zu zwei Dritteln ihres Wertes beliehen werden, soweit die Centralbehörden der Bundesstaaten, in welchen die Grundstücke liegen, solches gestatten.
Der bei der Beleihung angenommene Wert des Grundstücks darf den durch sorgfältige Ermittlung festgestellten Verkaufswert nicht übersteigen. Bei der Feststellung dieses Wertes sind nur die dauernden Eigenschaften des Grundstücks und der Ertrag zu berücksichtigen, welchen das Grundstück bei ordnungsmäßiger Wirtschaft jedem Besitzer nachhaltig gewähren kann.
Berlin, im März 1909.

Preussische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft.
von Hühling Schwarz Lindemann Lübcke. 951